

Nr. 17/212

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/204)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Haushaltsgesetze 2008 und 2009, die Haushaltspläne und Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 (einschließlich der Haushalte und Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sondervermögen, Stiftungen öffentlichen Rechts sowie der unselbständigen Stiftungen und Vermächtnisse), die Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2008 und 2009, die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 und die Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme (Artikel 131 a LV) zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie an den Rechtsausschuss, an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung und an den Ausschuss „Krankenhäuser im Land Bremen“.

Nr. 17/213

Finanzplan 2007 bis 2011 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/205)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Finanzplan 2008 bis 2011 der Freien Hansestadt Bremen zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 17/214

Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/206)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 17/215

Betriebsbezogene Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung bündeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 8. Januar 2008

(Drucksache 17/198)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, wirtschafts- und betriebsbezogene Arbeitsmarktförderung im Land Bremen in einem ressortübergreifenden Strukturkonzept so zu bündeln, dass Doppelfunktionen und -aufgaben vermieden werden und für die Belange eines Unternehmens jeweils eine einheitliche Anlaufstelle bereitsteht.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, Programme und Instrumente der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung in diesem Sinn zu bündeln, damit für Förderberechtigte höchstmögliche Transparenz und ein möglichst niedrigschwelliger Zugang geschaffen wird.
3. Der Senat wird aufgefordert, sich bei der erbetenen Entwicklung eines ressortübergreifenden Strukturkonzepts für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung im Land Bremen daran zu orientieren, dass
 - a) die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen oberste Priorität hat,
 - b) Doppelstrukturen bei Organisation, Programmen und Instrumenten der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung vermieden werden,
 - c) die Gesellschaften aufgabenkritisch durchleuchtet werden und dabei auch die Zahl der Gesellschaften kritisch geprüft wird,
 - d) ihre Zusammenarbeit verbindlich geregelt wird,
 - e) die strategische Verantwortung für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung unter Wahrung der derzeitigen Ressortverantwortungen nachvollziehbar in den senatorischen Behörden verankert wird und
 - f) die Landes- und Kommunalebene so weit wie möglich zusammengeführt werden.
4. Der Senat wird gebeten, den geforderten Entwicklungsprozess mit hoher Priorität voranzutreiben und dem Parlament bis zur Plenarsitzung im Februar 2008 einen ersten Bericht vorzulegen, der
 - a) die bis dahin erfolgten Maßnahmen und gegebenenfalls erzielten Ergebnisse darlegt sowie
 - b) die Eckpunkte einer Maßnahmen- und Zeitplanung des Senats zur Umsetzung dieses Beschlusses aufzeigt.

Nr. 17/216

Doppelstrukturen vermeiden – Arbeitsmarktförderung neu aufstellen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 18. Januar 2008

(Drucksache 17/214)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/217

Stalking-KIT beim Täter-Opfer-Ausgleich finanziell absichern

Antrag der Fraktion der CDU

vom 15. Januar 2008

(Drucksache 17/201)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 17/218

Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. November 2007
(Drucksache 17/136)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2007

(Drucksache 17/179)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/219

29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 31. März 2007

(Drucksache 16/1362)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 17/220

Stellungnahme des Senats zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 28. August 2007
(Drucksache 17/31)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 17/221

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 31. März 2007 (Drs. 16/1362) und zur Stellungnahme des Senats vom 28. August 2007 (Drs. 17/31) vom 26. November 2007

(Drucksache 17/151)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Nr. 17/222

Durch konstruktive Politik den Arbeitsmarkt beleben und fragwürdige Beschäftigungsformen verhindern

Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 27. November 2007
(Drucksache 17/154)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/223

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Verwendung von zugesicherten Bundesmitteln für den Ausbau der Kleinkindbetreuung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. November 2007
(Drucksache 17/123)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/207)
2. Verlegung des Sozialmedizinischen Dienstes (SMD) vom Gesundheits- in das Sozialamt Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. November 2007
(Drucksache 17/124)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2007
(Drucksache 17/191)
3. Erweiterung des Hochschulzugangs für Menschen ohne Abitur
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. November 2007
(Drucksache 17/152)
4. Keine Benachteiligung privater Grundschulen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. November 2007
(Drucksache 17/153)
5. Keine Rotstift-Aktion zulasten der Kinderspielplätze!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 27. November 2007
(Drucksache 17/155)
6. Opferschutz durch Prävention
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Dezember 2007
(Drucksache 17/164)
7. Zügige Bearbeitung von Arbeitslosengeld-II-Verfahren weiter gewährleisten
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. November 2007
(Drucksache 17/146)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/208)
8. Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. Dezember 2007
(Drucksache 17/161)
9. Reform der Erbschaftsteuer
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Januar 2008
(Neufassung der Drs. 17/163 vom 04.12.07)
(Drucksache 17/199)

10. Erbschaftsteuer abschaffen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 22. Januar 2008
(Drucksache 17/216)
11. Überprüfung der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft nach dem Gesetz für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagengesetz)
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP
vom 11. Dezember 2007
(Drucksache 17/181)
12. 1. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 31. März 2007
(Drucksache 16/1363)
13. Stellungnahme des Senats zum 1. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 28. August 2007
(Drucksache 17/32)
14. Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum 1. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 31. März 2007 (Drucksache 16/1363) und zur Stellungnahme des Senats vom 28. August 2007 (Drucksache 17/32) vom 18. Dezember 2007
(Drucksache 17/189)
15. Harte Strafen für jugendliche Gewalttäter!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 7. Januar 2008
(Drucksache 17/194)
16. Jahresberichte 2006 der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zum Gesundheitlichen Verbraucherschutz und zur Gewerbeaufsicht
Jahresbericht 2006/2007 des Senators für Wirtschaft und Häfen zum wirtschaftlichen Verbraucherschutz
Mitteilung des Senats vom 8. Januar 2008
(Drucksache 17/195)

